



## Niederschrift

45. Plenarsitzung des Gemeinderates  
20. Dezember 2022, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

23.

**Punkt 20 der Tagesordnung: Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen**  
**Konzept zur Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) Teil 1**  
**Vorlage: 2022/2118**

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt nach Vorberatung im Sozialausschuss die Ergebnisse der Bestands- und Bedarfsaufstellung für ein kommunales Konzept zur Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung der Istanbul-Konvention in der beschriebenen Form weiter fortzusetzen.

Um die bestehenden Hilfsangebote zu erhalten und abzusichern wird es künftig einer weiteren Koordinierung bedürfen. Die hierzu ab April 2024 erforderlichen Ressourcen müssten im Rahmen der Haushalts-Erstellung 24/25 etatisiert werden. Die durch diese Maßnahme erforderlichen zusätzlichen Haushaltsmittel müssten dann durch ein Weniger an anderer Stelle im Rahmen der HH-Erstellung kompensiert werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Zustimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 20 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Sozialausschuss am 16. November 2022.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Die Stadt Karlsruhe ist Vorbild in der Umsetzung der Istanbul-Konvention, und diesen Weg gehen wir GRÜNE gerne weiterhin gemeinsam mit Ihnen mit. An dieser Stelle vielen Dank an die Stadtverwaltung, vielen Dank an das Team im Büro der Gleichstellungsbeauftragten. Vielen Dank auch an die zahlreichen Träger\*innen, die hier dieses Projekt unterstützen und den Schutz und die Prävention hier vor Ort in Karlsruhe für die Frauen hier in Karlsruhe und für die von häuslicher Gewalt betroffenen Menschen hier in Karlsruhe voranbringen.

Wenn wir heute von Gewalt gegen Frauen sprechen, dann müssen wir zwangsweise den Blick in den Iran werfen. Dort gehen die Menschen unter Lebensgefahr für Frauen/Leben/Freiheit auf die Straße. Der Mut dieser Demonstrierenden, der ist beeindruckend und die Gewalt, die wir hier sehen, macht mich sprachlos. In Karlsruhe finden jede Woche weiterhin Solidaritätsdemos und Solidaritätsaktionen statt. Lassen Sie uns weiter gemeinsam für Frauenrechte kämpfen. In Deutschland ist jede dritte Frau irgendwann in ihrem Leben von physischer Gewalt betroffen, und jede Vierte erlebt einmal in ihrem Leben Partnerschaftsgewalt von ihrem Partner oder Ex-Partner. Für diese jede Vierte ist das eigene Zuhause kein sicherer Ort, sondern ein gewaltbesetzter Ort. Genau da setzt die Istanbul-Konvention an, das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt eben. Diese Konvention stellt klar, dass es sich hier um ein strukturelles Problem handelt, und der Zwischenbericht der Gleichstellungsbeauftragten ist sehr umfangreich.

Wir sind hier in Karlsruhe ganz gut aufgestellt und doch sehen wir bereits bei diesem ersten Konzeptteil, bei dieser Bestands- und Bedarfsanalyse, bei den dort bearbeiteten Formen von Gewalt, dass hier Handlungsbedarfe und Defizite bestehen. Nach einem Schutzaufenthalt beispielsweise brauchen die gewaltbetroffenen Frauen, die gewaltbetroffenen Familien bei der Wiedereingliederung in Wohnung und Arbeit besondere Unterstützung. Leider müssen sich manche Frauen aufgrund des Wohnungsmangels entscheiden, ob sie in die Obdachlosigkeit gehen und damit als Wohnungslose nur sehr einfache Unterkünfte erhalten oder in die gemeinsame Wohnung mit dem Täter zurückkehren. Deshalb finden wir GRÜNE es richtig und wichtig, dass die Stadtverwaltung das zentrale Thema der Wohnraumbeschaffung für von Gewalt betroffene Frauen nun als Nächstes voranbringt. Wir unterstützen auch die Einrichtung einer Koordinierungsstelle. Darüber werden wir uns irgendwann noch mal unterhalten müssen. Das müssen wir weiterhin diskutieren, aber beim Kampf gegen Gewalt gegen Frauen sind wir nicht nur wir als Kommune gefragt. Da sind alle Ebenen gefragt, die Kommune ebenso wie das Land und der Bund, und da passiert ja gerade einiges. Die unabhängige Berichtserstattung von geschlechtsspezifischer Gewalt hat im November ihre Arbeit aufgenommen. Die staatliche Koordinierungsstelle kann nun mit dem Bundeshaushalt 2023 ihre Arbeit beginnen, und die Vorbehalte gegen Art. 59 und 44 wurden endlich aufgehoben. Das Ziel ist jetzt als Nächstes ein bundeseinheitlicher Rechtsrahmen für eine verlässliche Finanzierung, und das kommt dann auch den Frauen in Karlsruhe zugute, vielen Dank.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Auch von unserer Seite herzlichen Dank an die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt für die sehr umfangreiche Ausarbeitung dieser wichtigen Punkte, aber wir danken auch den ganzen Akteurinnen und Akteuren in unserer Stadt, also ich denke an die Frauenberatungsstellen, an die Kinderschutzbundträger, an Frauenhäuser, also alle, die hier mit im Boot sitzen, auch bei den obdachlosen Frauen. Wir haben hier in Karlsruhe wirklich einen sehr aktiven Zusammenschluss verschiedener Beteiligter bei diesem Thema. Es ist auch wichtig, dass wir dieses Thema vorantreiben, denn, da sind wir als Bundesrepublik insgesamt schon sehr, sehr spät dran, also mit der Umsetzung des Vertrages, zu dem wir uns ja bzw. unsere Regierung, unser Staat, sich verpflichtet hat. Umso schneller müssen wir natürlich jetzt die wichtigen Maßnahmen weiter fortsetzen. Dazu gehört der Punkt Wohnraumbeschaffung. Dazu gehört aus unserer Sicht aber auch die Stärkung der Frauenberatungsstellen und der Frauenhäuser, denn die haben einen steigenden Bedarf, melden den regelmäßig uns zurück. Da haben wir natürlich auch ein ganz zentrales

Problem der Finanzierung, weil noch haben wir uns als Gemeinderat ja aufgrund einer Selbstverpflichtung, die wir uns moralisch auferlegt haben und zu der wir stehen, verpflichtet, diese freiwillige Leistung fortzuführen, aber wir wissen nicht, wie sich künftig die Haushalts- und Finanzlage entwickeln wird, und wir wissen, es ist dann immer ein Kampf und es ist schmerzlich, weil man halt am ehesten bei den freiwilligen Leistungen dann Kürzungen anstrengen kann. Das ist etwas, was uns große Bauchschmerzen bereitet als CDU-Fraktion, und da appellieren wir, wie auch schon im Fachausschuss, noch mal an die zuständigen Dezernenten und auch an Sie, Herr Oberbürgermeister, da auch beim Land weiter immer wieder den Finger in die Wunde zu legen und das zu einer Pflichtaufgabe zu legalisieren. Natürlich, dann kostet es das Land mehr, aber viele unserer Akteurinnen/Akteure wären dann auf der sicheren Stelle und die große Sorge, die die Träger unserer Frauenhäuser uns zurückspiegeln, wäre damit für die Zukunft zumindest mal gelöst. Es ist ja wichtig, weil wir ja nicht nur gewaltbetroffene Frauen, sondern eben auch Kinder, die gewaltbetroffen sind oder die Gewalt in der Familie erlebt haben, einen Schutz gewähren müssen. Insofern sind wir hier auf einem guten Weg, aber wie gesagt, das Thema Finanzierung müssen wir konsequenter angehen.

Was jetzt die zusätzliche Stelle angeht, das ist etwas, das werden wir natürlich an anderer Stelle bewerten müssen, und da werden wir auch schauen müssen, inwieweit wir uns das leisten können, aber wir denken, wenn man hier Land und Bund weiter auf die Füße tritt, könnte man auch was erreichen.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Zu Beginn möchte ich meiner Vorrednerin beipflichten. Unser konsequenter Einsatz im Rahmen der Istanbul-Konvention ist, wie hier schon ganz oft betont, keine Frage der Freiwilligkeit, sondern ein wichtiges und verpflichtendes Feld kommunalpolitischen Handelns für uns. An der Stelle möchte ich auch daran erinnern, dass der Gemeinderat ja auch sich selbst verpflichtet hat. Wir haben einen Beschluss gefasst, der uns bindet, der besagt, dass wir innerhalb dieser Legislatur zumindest keine Kürzungen vornehmen, dass uns bewusst ist, dass es, auch wenn es rechtlich noch nicht umgesetzt ist, tatsächlich eine Pflichtaufgabe ist. Von daher finde ich das richtig, dass wir gemeinsam auch noch mal auf das Land zugehen und einfordern, die Umsetzung zur Pflichtaufgabe zu benennen.

Es ist ein gutes Signal, dass wir dieses Jahr nicht beschließen ohne immerhin den ersten Teils des Konzepts zur Umsetzung der Istanbul-Konvention hier im Hause zu verabschieden. Auch wenn auf der ersten Seite der Beschlussvorlage Erhalt und Absicherung der bestehenden Angebote betont werden, so ist es das erklärte Ziel dieses Konzepts und auch meiner Fraktion, die konsequente Weiterentwicklung und das Schließen von Lücken im Hilfesystem umzusetzen. Deswegen möchte ich allen Beteiligten auch unseren Dank aussprechen. Es ist sicher gut, dass zunächst häusliche und sexualisierte Gewalt im Fokus stehen. Das in dem Zusammenhang wichtige Thema Wohnen ist existenziell, muss daher auch aus unserer Sicht prioritär behandelt werden. Genauso ist es richtig und wichtig, dass wir Prostitution mehr in den Blick nehmen, für uns klarer Ausdruck struktureller Gewalt gegen Frauen. An der Umsetzung des heute zu beschließenden Konzepts wird die SPD tatkräftig mitarbeiten, gemeinsam mit der Verwaltung und mit den in unserer Stadt tätigen Verbänden. Sicherlich bedarf es hierfür der dauerhaften Koordination durch die Stadtverwaltung durch das Gleichstellungsbüro. Weiterhin müssen wir mit Nachdruck daran arbeiten, Frauen vor Gewalt zu schützen. Meine Vorrednerinnen haben dazu auch einiges

ausgeführt. Der heutige Beschluss ist Teil davon und die zweite Konzeptphase, dies möchte ich bereits prognostizieren, wird sicherlich auch weitere Bedarfe aufzeigen.

**Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI):** Danke für die Bestandsliste der schon vorhandenen Stellen, die sich die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zur Aufgabe gemacht haben und seit langem aktiv in Karlsruhe sind, und danke für die Bedarfsaufstellung, also das, was noch getan werden muss, um die Istanbul-Konvention in Karlsruhe umzusetzen. Wenn ich das richtig lese, kommt jetzt Konzeptphase Teil 2, Erhebung von Bestands- und Bedarfsanalyse weiterer Gewaltformen an Frauen. Dann kommt die Umsetzung des Gesamtkonzeptes. Dafür möchte die Stadt eine Koordinierungsstelle in Vollzeit. Lücken im vorhandenen Hilfesystem sollen geschlossen werden. Das ist gut, aber es darf nichts kosten. Die priorisierten Bedarfe wie Wohnraum, Soforthilfe, bei Vergewaltigung proaktive Täterarbeit oder medizinische Hilfe für Prostituierte zum Beispiel sind sehr wichtige Themen, aber kosten darf es nicht mehr, als die Stadt bisher schon bereit ist zu zahlen. Neue Themen brauchen aber neue finanzielle Unterstützung der Stadt. Das soll im nächsten Doppelhaushalt einfließen, aber erst mal sollen nur die Maßnahmen ohne zusätzliche Ressourcen umgesetzt werden, so nach dem Motto, wir wollen ja, aber wir sind eine arme Stadt.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Ich bin sehr viel unterwegs in der Welt, und ich bin sehr oft mit Mitgliedern vom Europarat zusammen, und ich bin sehr froh, dass der Europarat dieses intensiv gemacht hat. Ich war schockiert, man braucht nicht im Iran zu sein, aber in vielen, vielen Ländern, wie Frauen behandelt werden. Also, ich habe meine ganze Erfahrung und mein ganzes Herz dahinter. Es ist richtig, glücklicherweise ist es anders in Karlsruhe, aber das ist nicht gut genug. Hier haben wir Frauen, die gesprochen haben und dann Herr Haug und ich und dies ist nicht nur eine Gender-Diskussion, das ist ein Diskussion für Männer und für Frauen, und es ist hässlich, dass wir noch in Karlsruhe so Gewalt gegen Frauen finden. Also, ich bin, wir, als Fraktion, wir sind absolut dahinter, und wir bedanken uns.

**Stadträtin Fenrich (AfD):** Karlsruhe ist da ganz gut aufgestellt und tut auch sehr vieles in dieser Richtung, was die Istanbul-Konvention angeht, und das ist sehr zu würdigen und in diesem Zusammenhang danke ich natürlich ausdrücklich Frau Meister, Frau Kornhas und Frau Brandt für die sehr gut gelungene Vorlage, aber, Frau Dogan und Frau Melchien, ich möchte vielleicht doch noch eine Anmerkung machen, weil Sie was angesprochen haben, dass man das eigentlich zur Pflichtaufgabe machen sollte. Es ist ja so, wenn es eine Pflichtaufgabe ist, dann ist auch das Land hier entsprechend finanziell zu beteiligen. Dem ist aber einfach nicht so. Ich komme jetzt nicht vom Völkerrecht, aber wir haben es hier bei der Istanbul-Konvention einfach nur mit schlichtem Völkervertragsrecht zu tun und nicht mit allgemeinen Regeln des Völkerrechts. Insofern handelt es sich weiterhin um eine freiwillige Leistung der Stadt. Das heißt, die Stadt wird darüber beraten müssen im Rahmen der Haushaltsaufstellung, und da kann ich sagen, dass meine Fraktion natürlich voll und ganz dahintersteht, aber es werden uns da Bund oder Land wohl nicht Zuschüsse gewähren können.

Ich möchte vielleicht noch eines sagen, weil es immer darum ging, dass man die Leute sensibilisieren muss, die Frauen, die betroffen sind, aber auch natürlich die Bürger, dass es so was in einer fortschrittlichen Gesellschaft noch gibt, Gewalt, das ist eigentlich für diese Gesellschaft ein Armutszeugnis, aber ich bin der Meinung, dass man nicht nur sensibilisieren soll, sondern dass man auch die Dinge vielleicht bei der Wurzel anpacken soll und auch nach Lösungen streben sollte. Das ist einfach im Rahmen einer vielfältigen Gesellschaft so der Fall, dass nicht alle die gleichen Wertvorstellung haben, nicht die gleichen

Vorstellungen, wie Frauen zu behandeln sind, insbesondere durch Männer. Dieser Aspekt sollte nicht vernachlässigt werden. Was die zusätzliche Kraft ab 2024 anbelangt, wie gesagt, sind ja die Haushaltsberatungen dann da die richtige Adresse, und da wird man dann einfach sehen müssen. Aus unserer Sicht würden wir uns vorstellen können, dass wir dem zustimmen würden.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Wer liebt, der schlägt nicht, und wer liebt, der wendet garantiert generell keine Gewalt an, weder körperlich noch psychisch und wer liebt, der kontrolliert auch nicht. Das sollte eigentlich eine ganz banale Selbstverständlichkeit sein. Erschreckenderweise ist das für erschreckend viele, vor allem Männer, eben nicht. Immer noch ist die Zeit unmittelbar nach einer Trennung die statistisch gefährlichste im Leben einer Frau in Deutschland. Das Risiko, in dieser Zeit ums Leben zu kommen, ist um ein Fünffaches erhöht, und das muss einen wirklich traurig machen. Das hat auch nichts mit Wertevorstellungen zu tun, wenn man mit professionellen Menschen in diesem Bereich spricht, die sagen, das ist ein Problem, das durch alle gesellschaftlichen Schichten sich zieht. Die erste Frau, die im ersten Berliner Frauenhaus Aufnahme begehrt hat, war die Frau eines hochrangigen Richters. Das muss man hier an der Stelle einfach mal erwähnen.

Überall in Karlsruhe haben wir jetzt nicht vor langer Zeit, am 25. November, mit Veranstaltungen, mit der Beflaggung an öffentlichen Gebäuden, aber auch mit lautstarken Demonstrationen, darauf aufmerksam gemacht, dass für viele Frauen Gewalt in ihrer Partnerschaft und im eigenen Zuhause erschreckende Realität ist, und wir haben deutlich gemacht, dass wir Frauen- und Transfeindlichkeit in dieser Gesellschaft nicht akzeptieren werden noch wollen. Heute sind wir sehr dankbar, dass dieser Bericht vorliegt. Das ist, glaube ich, ein sehr, sehr großer Meilenstein im Bereich gegen Gewalt gegen Frauen vorzusehen, weil wir eben auch einfach unsere bisherigen Bedarfe sehen und auch weiter in Richtung der Umsetzung der Istanbul-Konvention kommen, zu der wir als Kommune genauso wie Land und Bund eben auch verpflichtet sind.

Ich möchte an dieser Stelle eben auch, wie die vorherigen Redner\*innen, den Beteiligten danken vom Büro für Gleichstellung, aber eben auch den Mitarbeiterinnen der Beratungsstellen. Wir haben gesehen, dass unser Hilfesystem in Karlsruhe schon sehr gut aufgestellt ist, aber es bleiben natürlich Baustellen, die haben die Vorredner\*innen schon gut angesprochen, sei es im Bereich Präventionsarbeit mit Täter\*innen, seien es Schulungsangebote für die Justiz. Natürlich, das allergrößte Thema wird natürlich auch sein, wie kriegen wir Wohnraum für Betroffene vermittelt, damit sie eben auch aus Gewaltstrukturen endlich rauskommen können, aber eben auch die Frage, wie erreichen wir eben Frauen und LGBTQ+ Personen mit besonderen Zugangsbarrieren, sei es wegen Sprache, einer Behinderung oder eben einem fehlenden Aufenthaltsrecht, wie wir die erreichen können, und wir brauchen eben weiterhin eine koordinierende Stelle zur Umsetzung, das fordert ja auch der erste Artikel der Istanbul-Konvention und das werden wir und hoffentlich auch ihr, liebe Kolleg\*innen im kommenden Haushalt sichern. Allgemein sollte es bei der Umsetzung nicht darum gehen, das Günstigste zu machen, sondern das, was notwendig ist, Priorität natürlich besonders Wohnen auch hier, um die Istanbul-Konvention umzusetzen, für eine Zukunft ohne Gewalt gegen Frauen.

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** Gewalt gegen Frauen und Kinder ist kein individuelles Problem, sondern ein gesellschaftliches und hat sicherlich während der Pandemie eine neue Qualität erreicht. Wir freuen uns, dass wir hier in der Stadt Karlsruhe gemeinsam an einem Strang

ziehen und die Problematik erkannt haben, auch viele Maßnahmen umsetzen. Für uns steht Gewaltprävention und die Wohnraumbeschaffung ganz oben auf der Prioritätenliste, weil wenn Sie schon mal in Ihrem Umfeld erlebt haben, dass Frauen Gewalt angetan wurde, ist der erste Reflex eigentlich, raus aus der Hölle und irgendwo an einen sicheren Ort. Wir tragen die Istanbul-Konvention und die Umsetzung der Stadt Karlsruhe so, wie sie in der bisherigen Form war, auf jeden Fall mit, sehen aber auch Potenzial, zu sagen, sind die getroffenen Maßnahmen effektiv und wo muss bei der Umsetzung eventuell eine Prozessoptimierung stattfinden.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank, wir können damit zur Abstimmung kommen, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Ja, das ist Einstimmigkeit. Vielen herzlichen Dank und wir geben den Dank gerne weiter an die Gleichstellungsstelle und das Team, das hier so gut tätig ist.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
9. Januar 2023